

06.03.2020

Antwort auf das Positionspapier der Psychologie-Fachschaften-Konferenz (PsyFaKo) zum Thema „Kulturwandel zu einer offenen Wissenschaft“ von Oliver Kaczmarek – SPD MdB

Sehr geehrte Frau Heyde Schulte, sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für Ihr Positionspapier „Kulturwandel zu einer offenen Wissenschaft: Open Science und Open Access als Lösungsstrategien“. Gerne nutze ich die Gelegenheit dazu als Sprecher für Bildung und Forschung der SPD-Bundestagsfraktion für die öffentliche Debatte auf Ihrer Homepage Stellung zu beziehen.

Vorweg möchte ich einige grundsätzliche Bemerkungen schicken. Mit der Digitalisierung ist der schnelle und einfache Zugang zu Forschungsergebnissen sowie den dahinterliegenden Forschungsdaten und Methoden auf eine vorher nicht erreichbare Weise möglich geworden. Daraus ergeben sich große Potentiale für die Wissenschaft und die Gesellschaft als Ganzes. Die Reproduktion von Forschung, die neue Kombination von Forschungsergebnissen und umfangreiche Meta-Analysen geben Hoffnung auf eine deutliche Vereinfachung und Beschleunigung von Forschung. Daraus resultierende Ergebnisse können sich als Fortschritt für die gesamte Gesellschaft niederschlagen. Die SPD ist deswegen davon überzeugt, dass offene Zugänge in der Wissenschaft für alle Beteiligten vorteilhaft sind: Für die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die aus einem reicheren Fundus an Ergebnissen, Daten und Methoden für qualitativ hochwertige Forschung schöpfen können, für die Bürgerinnen und Bürger, um die Wege der Wissenschaft besser nachvollziehen zu können und für die Gesellschaft als Ganzes, die von wissenschaftlichem Fortschritt profitiert, um die großen Fragen unserer Zeit zu lösen. In diesem Sinn begrüße ich Ihr Anliegen und teile dessen grundsätzliche Stoßrichtung.

Als hochschulpolitisch Aktive muss ich Sie mit der föderalen Ordnung des Hochschul- und Wissenschaftssystems nicht in der Tiefe vertraut machen. Selbstverständlich entscheiden die Länder souverän über ihre Hochschul- und Wissenschaftspolitik. Deswegen ist der Gestaltungsspielraum der SPD-Bundestagsfraktion bei den von Ihnen benannten Punkten „Verankerung in der Lehre“, „Weiterentwicklung der Wissenschaftsmetriken“ sowie in Bezug auf die Gestaltung einzelner Hochschulen und Personalentscheidungen begrenzt. Immer mehr Länder wie zum Beispiel Hamburg geben sich jedoch eigene Strategien zur Umsetzung von Open Science. Entsprechende Punkte wären hier zu verankern. Deswegen ist es wichtig, sich in den Umsetzungsprozess in den Ländern und an den jeweiligen Hochschulen einzubringen.

Gleichzeitig gibt es aufgrund der im Grundgesetz festgelegten Gemeinschaftsaufgabe nach Artikel 91b zahlreiche Möglichkeiten der Zusammenarbeit von Bund und Ländern entlang gemeinsamer Interessen. Hierbei verfolgt die SPD das Ziel, dass zentrale Maßnahmen wie der Zukunftsvertrag Studium und Lehre, der Pakt für Forschung für Innovation oder auch der Aufbau einer Nationalen Forschungsdateninfrastruktur strukturbildend für die gesamte Bundesrepublik erfolgen. In diesem Sinne gestaltet die SPD auch die bundesweite

Forschungspolitik im Bereiche Open Science so, dass sie strukturbildend für das Wissenschaftssystem als Ganzes wirkt. Dabei lassen wir uns von folgenden Zielen leiten.

Wo der Bund als Fördermittelgeber auftritt, sollen die Ergebnisse nach dem Prinzip des „goldenen Wegs“ direkt unter einer freien Lizenz veröffentlicht werden. Entsprechende Publikationskosten sollen als Teil des Overheads mitbeantragt werden können. Für den Fall, dass Publikationen auf dem so genannten „Grünen Weg“, das heißt zunächst in einem wissenschaftlichen Repositorium, veröffentlicht werden, fordern wir eine Embargofrist von sechs Monaten zu einer Veröffentlichung unter einer freien Lizenz.

Für die Umsetzung heißt das konkret, dass insbesondere in den außeruniversitären Einrichtungen an denen sich der Bund mit erheblichen finanziellen Mitteln beteiligt diese Prinzipien umgesetzt werden. Mein Eindruck ist, dass dieses Anliegen in der Wissenschaftscommunity grundsätzlich positiv aufgenommen wird. Nicht zuletzt sind die Max-Planck-Gesellschaft und die Deutsche Forschungsgemeinschaft mit der Berliner Erklärung Vorreiterinnen in dieser Frage. Damit die Öffentlichkeit und der Deutsche Bundestag über die Entwicklung informiert bleibt, haben wir durchgesetzt, dass im Monitoring des Pakts für Forschung und Innovation die Nutzbarmachung und Nutzung Digitaler Information, Digitalisierungs- und Open Access-Strategien in einem eigenen Kapitel beleuchtet werden.

Damit sich Open Science als mittelfristiger Standard in der Wissenschaft durchsetzt, ist es wichtig die Interessen aller Beteiligten in den Blick zu nehmen. Urheber haben ein berechtigtes Interesse, dass ihr geistiges Eigentum geschützt wird. Auch die Publikation wissenschaftlicher Forschung über Verlage ist ein etabliertes Geschäftsmodell. Deswegen erhoffen wir uns vom Projekt DEAL eine weitreichende Lösung. Mit dem Ziel einheitliche Lizenzbedingungen für akademische Einrichtungen zu vereinbaren, verhandelt ein Konsortium von fast 700 Einrichtungen mit den drei großen Wissenschaftsverlagen in Deutschland. Eine Einigung wird wegweisend sein für die Zukunft der wissenschaftlichen Veröffentlichungen, denn unter DEAL veröffentlichte Artikel sollen Open Access erscheinen.

Mit diesen Maßnahmen leisten wir von der Bundesebene aus einen strukturbildenden Beitrag für die Etablierung von Open Science. Für das konkrete Gelingen kommt es genauso darauf an, dass die Umsetzung vor Ort gelingt. Deswegen möchte ich Ihnen auf diesem Weg nochmals für Ihr Engagement danken.

Mit freundlichen Grüßen

Oliver Kaczmarek